

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 3

Artikel: Vom Zutritt in den Garten : Necmettin Erbakan und die türkische Wohlfahrtspartei
Autor: Mitler, Louis
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Louis Mitler

VOM ZUTRITT IN DEN GARTEN

Necmettin Erbakan und die türkische Wohlfahrtspartei

«Destur?» fragte höflich einer der Gäste vor der geschlossenen Tür zur Küche, wo die Damen des Hauses und die übrigen weiblichen Mitglieder der Abendgesellschaft dabei waren, das Essen zu bereiten. Die Formel wird heute nur selten mehr verwendet; sie ist altpersischen Ursprungs und bezeichnet die Bitte um die Erlaubnis, etwas tun, zum Beispiel private Gemächer betreten zu dürfen. Im vorliegenden Fall bat der Gast die Damen darum, ihm einen Krug kalten Wassers zu reichen.

In Riad, Kabul oder Teheran hätte mich eine derartige Begebenheit nicht überrascht – wohl aber hier in der Türkei, im Hause eines erfolgreichen Geschäftsmannes im Zentrum von Istanbul, wohin ich nach langer Zeit zurückgekehrt war. Sechs Jahre lang hatte ich Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre in dieser Stadt gelebt und war damals mit allen Schichten der Bevölkerung in Kontakt gekommen; niemals aber hatte ich im Rahmen einer Einladung eine derart rigorose Trennung der Geschlechter erlebt wie an diesem Abend im Oktober 1997. Die Gerichte wurden von den jüngeren Söhnen des Gastgebers aufgetragen. Vorher hatten die jungen Männer ehrerbietig die Hände der älteren geküsst und am unteren, niederen Ende des Diwans Platz genommen. Die soziale Hierarchie, die Zusammensetzung des Essens, die Regeln der Konversation – alles bestimmte sich nach jener ottomanisch-islamischen Tradition, von der man zwanzig Jahre früher gemeinhin angenommen hatte, sie sei, zumal in den Städten, im Absterben begriffen. Unser Gastgeber war praktizierender Moslem, Mitglied der Wohlfahrtspartei und Abgeordneter im Stadtrat von Istanbul – einem Gremium, das seit den letzten Wahlen von dieser Partei klar dominiert wird.

Ein türkisches Sprichwort besagt: «Wer einen Garten betritt, ohne – destur – um Eintritt gebeten zu haben, den darf man mit einem Knüppel verjagen». Den Mitgliedern der Wohlfahrtspartei aber gilt der Anspruch auf gleichberechtigten Zutritt in den Garten der türkischen Demokratie heute als Selbstverständlichkeit: Im Rahmen der verschiedenen Wahlgänge seit 1994 hat die Partei jeweils bis zu 30 Prozent der Stimmen erzielt.

Das Wort *Refah* meint neben «Wohlfahrt» auch etwa «Behaglichkeit» oder «angenehme Umstände». Bemerkenswert ist, dass die Bezeichnungen der übrigen politischen Parteien *rein* türkischen Ursprungs

sind, während *Refah* ebenso wie die Namen ihrer beiden Vorgänger, *Milli Nizam Partisi* (Partei der nationalen Ordnung) und *Milli Selamet Partisi* (Partei der nationalen Errettung) dem Arabischen entliehen sind, wenn auch türkische Synonyme existieren. So nimmt selbst der Parteiname unterschiedlich Bezug auf die ottomanisch-islamischen Wurzeln, während doch seit langem die konsequente Verwendung eines *rein* türkischen Vokabulars zu den Grundprinzipien des säkularen türkischen Nationalismus gehört.

Nation statt Religion

Diese Grundprinzipien wurden zuerst von *Mustafa Kemal Ataturk* (1881–1938) formuliert und umgesetzt, jenem Gründervater und ersten Präsidenten der Türkischen Republik, der es unternahm, dem Staat eine neue, am Begriff der Nation orientierte Identität zu geben. Schon vorher hatte es Anläufe gegeben, die alte, in der Religion verankerte Staatsideologie des ottomanischen Reiches abzulösen. Von 1908 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs versuchte die letzte vor-republikanische Regierung, ein kollektives Bewusstsein zu entwickeln, das am Nationalstaat, an einem klar umgrenzten Territorium und am Sultan als Kaiser orientiert war. Dieses neue Bewusstsein sollte eine alte Identität ablösen, die sich noch an unscharfe religiöse Konzepte wie «Volk Mohammeds» oder «Banner des Propheten» hielt und im Sultan vorab den Kalifen, den Nachfolger des Propheten sah und verehrte. Seit der Eroberung Ägyptens durch *Selim I.* im Jahre 1519 waren alle ottomanischen Herrscher mit diesem Anspruch aufgetreten.

Ataturk ging sehr viel weiter als seine Vorgänger. Das Amt des Kalifen wurde abgeschafft, das ottomatische Herrscherhaus ins Ausland exiliert, das Tragen bestimmter religiöser Kleidungsstücke außerhalb der Gotteshäuser untersagt. Pilgerstätten und Derwisch-Orden wurden geschlossen. Im Rahmen mehrerer Bestimmungen in der Verfassung von 1924 wurde der säkulare Charakter der Republik fest verankert; er wurde zu einem wichtigen Eckpfeiler jener Ideologie, wie sie eine politisch einflussreiche Armee und die herrschende *Cumhuriyet Halk Partisi* (Republikanische Volkspartei) in der Folge kultivierten.

Nach *Mustafa Kemal Ataturk* hat noch jede türkische Regierung die getreuliche Befolgung kemalistischer Grundprinzipien im allgemeinen und der

kemalistischen Version des Säkularismus im besonderen proklamiert. Im Gefolge des Übergangs zu einer Mehrparteien-Demokratie im Jahre 1950 wurde allerdings manch eine Beschränkung religiöser Praktiken gelockert: Solche Liberalisierungen betrafen etwa die Pilgerfahrt nach Mekka (vorher «zum Schutz des Zu- und Abflusses harter Währungen» praktisch unterbunden), den Gebetsaufruf in arabischer Sprache oder den Religionsunterricht. Es gab indessen Gruppen, die eine in höherem Masse islamische Nation anstrebten – was die Entstehung jener beiden Parteien erklärt, die der *Refah* vorausgegangen sind.

Der lange Weg der Refah

Die Geschichte dieser Parteien ist unauflöslich verknüpft mit jener von *Necmettin Erbakan*. 1926 geboren und promovierter Absolvent der Technischen Universität von Istanbul, betrat er erst Ende der sechziger Jahre die politische Bühne des Landes. Als Präsident der Vereinigung türkischer Handels- und Industriekammern bemühte er sich zunächst um die kleinen und mittleren Betriebe, die – in seiner Sprachregelung – von der Gerechtigkeitspartei des damaligen Premierministers *Süleyman Demirel* unter das Diktat des Grosskapitals und ausländischer Interessen gezwungen worden waren. Schon 1970 ritt er überdies scharfe Attacken nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen den «ungläubigen» Westen und den «internationalen Zionismus» – Angriffe, die ihn auch in liberalen Kreisen des eigenen Landes nicht eben beliebt machten. Gegen den Vorwurf des Antisemitismus hat er sich selbst verschiedentlich verwahrt.

Im Jahre 1970 gründete *Erbakan* – damals unabhängiger Parlamentsabgeordneter für die Provinz Konya, einer traditionellen Hochburg der religiösen Konservativen – die *Milli Nizam Partisi*, Partei der nationalen Ordnung. Diese wurde zwar im Gefolge der Intervention der Armee vom 12. März 1971 aufgelöst, und *Erbakan* floh für kurze Zeit in die Schweiz, doch blieb er von jeder rechtlichen Verfolgung verschont und konnte schon 18 Monate später seine neue Partei vorstellen, die *Milli Selamet Partisi*, Partei der nationalen Errettung. Zur gleichen Zeit wurde er als Vize-Premier und Aussenminister in die Links-Regierung des Sozialisten *Bülent Ecevit* aufgenommen. Diese erste, einigermassen überraschende Vernunftfehe beruhte auf denkbar wenig Gemeinsamkeiten, namentlich etwa auf dem Misstrauen gegenüber der internationalen Finanzwelt und den Vereinigten Staaten. 1977 wurde *Erbakan* erneut mit Regierungsverantwortung betraut, diesmal im Rahmen einer Koalition unter Premierminister *Demirel*.

Am 12. September 1980 putschte eine Junta in Ankara, löste das Parlament auf, verbot alle Parteien,

erklärte die parlamentarische Immunität für aufgehoben und liess einige Abgeordnete verhaften, unter ihnen auch *Erbakan*. Auf der Grundlage der Anklage, er habe die säkularen Grundzüge der Verfassung von 1961 illegal zu unterwandern versucht, wurde ihm ein Prozess gemacht, der aber mit einem Freispruch endete.

1983 erlebte *Erbakan*s islamistische Partei ihre dritte Gründung, diesmal unter dem noch heute geltenden Namen *Refah Partisi*, Wohlfahrtspartei. Of-

Die Türken waren und sind vor allen Dingen Nationalisten – und dieser Nationalismus ist stärker als die Ideologie der Verwestlichung oder des Pan-Turanismus.

fene politische Aktivitäten waren *Erbakan* damals noch immer untersagt. Im Zuge der Wahlen jenes Jahres erhielt *Refah* denn auch nur bescheidene 4,5 Prozent der Stimmen. Im September 1987 veranstaltete die Regierung *Ozal* ein landesweites Referendum zur Frage, ob *Erbakan* und andere Politiker der alten Garde politisch zu rehabilitieren seien. Die Abstimmung brachte ein denkbar knappes «Ja».

Verglichen mit anderen Gruppierungen an den extremen Enden des politischen Spektrums machte die *Refah* in den letzten Jahren den Eindruck einer geradezu gemässigten Partei. Es sei etwa an «*Hoca* Kaplan» erinnert, der mit dem Anspruch auftrat, ein islamischer Kalif zu sein und von Deutschland aus über das Radio Programme verbreitete, die von ihrem Inhalt her an den *Ayatholla Khomeini* erinnerten; erinnert sei aber auch an den ultra-radikalen Nationalismus der *Milliyetçi Hareket Partisi* (Partei der nationalen Aktion) unter Oberst *Alparslan Türkes*. *Erbakan*s *Refah* dagegen war mittlerweile zur stärksten Partei der Türkei aufgestiegen. Im Zuge der Parlamentswahlen vom Dezember 1995 hatte sie 21 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Vor diesem Hintergrund versteht sich besser, warum Premierministerin *Tansu Ciller* im Juni 1996 in eine Koalition mit *Erbakan* einwilligen und diesem für die ersten beiden Jahre das Amt des Premierministers zugestehen konnte; sie selber war im Gefolge undurchsichtiger Finanztransaktionen rund um das eigene Immobilien-Imperium politisch stark in Bedrängnis geraten.

Ein weiteres Verbot

Statt der vorgesehenen zwei blieb *Erbakan* nur ein Jahr Premierminister: Im Juni 1997 trat er unter star-

kem Druck der Militärs zurück. Ähnlich wie schon 1980 hatte man ihm vorgeworfen, die säkulare, kemalistische Ordnung in Staat und Verfassung umstürzen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt war *Refah* auch in der politisch fragmentierten Nationalversammlung die stärkste Kraft mit 150 von insgesamt 550 Sitzen.

Im August 1997 verlangte die Staatsanwaltschaft auf Betreiben der Armee vom Verfassungsgericht ein politisches Verbot der *Refah*. *Erbakan* reagierte auf seine Art und Weise: Nunmehr appellierte er an die öffentliche Meinung westlicher Staaten – jener Länder also, die er bis anhin systematisch des «Freimaurertums», «moralischer Dekadenz» und «zionistischer Verschwörungen» bezichtigt hatte. Das Werben um Unterstützung seiner Partei begründete er mit dem Argument, *Refah* werde nicht etwa aufgrund terroristischer Umrübe oder von Korruption und Bestechung verfolgt, sondern allein ihrer ideologischen Ausrichtung wegen – was, so *Erbakan*, in westlichen Demokratien niemals geschehen könnte.

Im November 1997 verteidigte der 71jährige *Erbakan* Rang und Rechte seiner Partei im Rahmen eines dreitägigen Plädoyers vor dem Verfassungsgericht in Ankara. Ohne Erfolg: Am 16. Januar 1998 hat das türkische Verfassungsgericht die *Refah* der versuchten Subversion des kemalistischen Säkularismus für schuldig befunden und aufgelöst. *Necmettin Erbakan* darf auf fünf Jahre hinaus keiner politischen Partei mehr angehören; ähnliche Verbote ergingen für weitere führende Köpfe der Partei.

Unterschiede zwischen dem Islamismus türkischer Prägung und Spielarten in anderen moslemischen Ländern sind offensichtlich, wie auch und gerade die Anhänger der Wohlfahrtspartei gerne betonen. In den ersten Monaten seiner Amtszeit als Premierminister verärgerte *Erbakan* bekanntlich die Amerikaner und auch türkische Politiker mit seinen Staatsbesuchen in Libyen und Iran. Als aber *Moamar al-Kathafi* seinem türkischen Gast gute Ratschläge darüber erteilen wollte, wie das Kurdenproblem zu beheben sei, und als kurz darauf der damalige iranische Präsident



Tansu Çiller – die Macht einer Marionette. Zeichnung von Ismail Gülgç, aus: Klaus Kreiser, *Lebensbilder aus der Türkei*, Vontobel-Stiftung, Zürich 1996.

Khomeini und die Mullahs in Teheran den Umgang der Türkei mit dem islamischen Heiligen Gesetz offen in Frage stellten, liess die Reaktion auch in der Türkei nicht auf sich warten. Die Oppositionsparteien schlugen beide Episoden in den Medien breit und spielten dabei bewusst die nationalstatische Karte. Wie nur hatte sich *Erbakan* von seinen ausländischen Gastgebern derartige Litaneien gefallen lassen können!

Die Türken waren und sind vor allen Dingen Nationalisten – und dieser Nationalismus ist stärker als alle Verlockungen eines Pan-Islamismus, stärker auch als die Ideologie der Verwestlichung oder des Pan-Turanismus (die Vereinigung aller Türkisch sprechenden Völker), die mit dem Islamismus seit langem koexistieren. Es sei auch daran

erinnert, dass *Atatürk* seinerzeit den allseits respektierten Verfasser der Verse zur Nationalhymne, *Mehmet Akif*, ins Ausland verbannte, weil dieser allzu sehr für die Idee des Pan-Islamismus eingetreten war.

Jene Muslime, die sich zu orthodoxeren Formen der Ausübung ihres Glaubens bekennen, sind soeben ein weiteres Mal vom politischen Garten der türkischen Republik ausgeschlossen worden. – «Destur?» Die traditionelle Bitte um Zutritt und Aufnahme wird nunmehr erneut und mit um so grösserem Nachdruck vorgebracht. Ob sie bald schon in harsche Forderungen umschlägt, wie man sie von benachbarten Ländern her kennt, ist noch nicht abzusehen. ♦

Louis MITLER studierte zwischen 1967 und 1973 Literatur an der Universität von Istanbul und arbeitete lange Zeit als Türkei-Experte für die Kongressbibliothek und das Nahost-Institut in Washington DC. Heute leitet er die auf Übersetzungen aus dem Türkischen und Italienischen spezialisierte TRS-Agentur in Washington.

Der Beitrag wurde von Christoph Frei, Paris, aus dem Englischen übersetzt.

Hingewiesen sei auch auf das Dossier «Türkei im Wandel» der «Schweizer Monatshefte» im September 1996 und auf Klaus Kreiser, *Lebensbilder aus der Türkei*, Schriftenreihe der Vontobel-Stiftung, Zürich, 1996, unentgeltlich zu beziehen bei Vontobel Stiftung, Tödistrasse 27, Postfach, 8022 Zürich, FAX 01 283 75 00.